

Eine neue Ära unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Edgar Jaffé trifft ins Schwarze, wenn er von einer neuen Ära der wirtschaftlichen Entwicklung spricht und diese neue Ära als Abwendung vom Kapitalismus und von dem System der freien Konkurrenz kennzeichnet¹. Abwendung vom „Kapitalismus“ hatte die christliche Reformbewegung schon längst auf ihre Fahne geschrieben. Die katholische Wissenschaft verband alle wesentlichen, hierfür maßgebenden Gedanken überdies zu einem einheitlichen System, dessen Grundzüge in dieser Zeitschrift lange Jahre hindurch entwickelt und begründet wurden.

Wir glauben indes nicht daran, daß sozialistische Formen an die Stelle des kapitalistischen Individualismus treten werden, auch nicht der Staatssozialismus im Sinne Jaffés.

1. „Das Bleigewicht der Milliarden haben“, wie der Reichsschatzsekretär Helfferich in seiner letzten Reichstagsrede bemerkt, „die Anstifter des Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“ Die künftige Lebenshaltung unseres Volkes soll nicht die ganze schwere Last der Kriegskosten tragen. Man wird darum beim Friedensschluß dem Gegner die Rechnung präsentieren, voraussichtlich eine hohe Kriegsentuschädigung fordern. Unsere Kriegskosten aber sind enorm. Deutschland hat bisher in den drei Kriegsanleihen 25½ Milliarden Mark für den Krieg zur Verfügung gestellt. In Österreich-Ungarn werden es, wenn auch die dritte Anleihe sich erfolgreich vollzieht, zehn bis zwölf Milliarden Kronen sein. Für Deutschland allein belaufen sich die täglichen Kriegskosten auf 60 bis 70 Millionen Mark, monatlich fast auf zwei Milliarden. Sollten uns aber auch alle unmittelbaren Kriegskosten in der eventuellen Kriegsentuschädigung vergütet werden, kann in Wirklichkeit jeder von uns erlittene Verlust an materiellen Werten auf diesem Wege vollen Ersatz finden? Es wird großer Mittel zur Auffrischung des Heeres und des Kriegsmaterials

¹ Jaffé, Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XL (1914) 3 ff. Derselbe: Volkswirtschaft und Krieg 1915.

bedürfen; für Erweiterung der Flottenrüstung, für mannigfache volkswirtschaftliche Bedürfnisse werden große Summen aufgebracht werden müssen. Die vielen Reichsbanknoten, ferner die Reichskassenscheine usw. haben allerdings sichern Wert dadurch, daß der Staat sie in Zahlung nimmt. Wird man aber nicht doch zur Metallwährung¹ praktisch zurückkehren wollen und müssen, die mit ihrem Golde den Wert in sich selbst trägt? Und schließlich wird auch die Unterstützung der notleidenden Einzelpersonen, Familien, Hilfe für einzelne Stände in besonderem Maße öffentliche Sorge und Mittel in Anspruch nehmen. Es werden die Kriegsinvaliden, Kriegswitwen, Kriegswaisen nicht nur gegen Not und Elend zu schützen sein, sondern — soweit überhaupt möglich — zu einer ihren früheren Verhältnissen entsprechenden Lebenshaltung befähigt werden müssen.

Mag aber auch erst durch den Ausgang des Krieges und durch die Friedensbedingungen die feste Unterlage für ein umfassenderes finanzielles Programm geschaffen werden, so steht doch heute schon fest, daß in Zukunft neue Einnahmequellen für den Staat zu erschließen sind. Man wird nun z. B. durch höhere und ausgedehntere Besteuerung verschiedener für den allgemeinen Lebensunterhalt nicht erforderlicher Genußmittel nicht geringe Summen aufbringen können, namentlich wenn es der Industrie hier gelingt, durch Verbilligung der Herstellung, Anpassung an den Geschmack und die Gewohnheiten der Verbraucher eine stärkere Einschränkung des Konsums hintanzuhalten. Die öffentliche Aufmerksamkeit und das Rechtsbewußtsein des Volkes hat ferner bereits diejenigen Personen und Gesellschaften ins Auge gefaßt, die durch beträchtlichen Kriegsgewinn einer erhöhten steuerlichen Leistungsfähigkeit sich erfreuen. Gleichwohl scheint es uns wenig wahrscheinlich, daß nach dem Kriege der ganze öffentliche Geldbedarf, selbst wachsende Leistungsfähigkeit und Zahlkraft der Bevölkerung vorausgesetzt, allein durch Steuern gedeckt werden kann. Wir glauben vielmehr, daß, abgesehen von neuen Steuern, Erhöhung aller Steuern, Zuschlägen zur Einkommensteuer usw. auch noch Staatsmonopole voraussichtlich geschaffen werden müssen. Schon war die Rede von einem Zigarettenmonopol. Auch wurde von der Monopolisierung des Branntweins (staatliches Handelsmonopol) gesprochen usw. Ebenfalls volkswirtschaftliche Gründe können zu einer Verstaatlichung führen; man denke z. B. an das Stickstoffmonopol, an die Überwindung ungesunder Truftenentwicklung durch

¹ Über Vorteile und Nachteile einer reinen Papierwährung vgl. Helfferich, Das Geld (1910²) 587 ff.

ein staatliches Monopol usw. Kurz, wir leugnen die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer erweiterten Beteiligung des Staates an der Erwerbswirtschaft im Wege neuer Verstaatlichungen und staatlicher Monopolisierungen keineswegs. Aber kann so etwas dazu nötigen oder auch nur genügen, um von zukünftigem „Staatssozialismus“ zu sprechen, und zwar derart, daß der „Staatssozialismus“ gegenüber dem bisher herrschenden „kapitalistischen System“ einer „neuen Ära der wirtschaftlichen Entwicklung“ das charakteristische Gepräge verleihen werde?

Staat und Gemeinde mögen auf diesem oder jenem Gebiete Betriebe einrichten, in solcher Art sich am Wirtschaftsleben beteiligen. Sie mögen auch, wo die Voraussetzungen dazu vorliegen, Monopole sich vorbehalten. Zu einer absolut oder relativ allgemeinen Verstaatlichung oder Vergemeindlichung aber wird es auch in Zukunft nicht kommen. Dem stehen praktische und prinzipielle Gründe im Wege. Wo das spekulative Moment, rasche Entscheidung, persönliche Initiative stark in den Vordergrund treten müssen, ist kaum Platz für staatliche Betriebe. Gewiß, auch staatliche Betriebe können Männer von hoher Intelligenz zur Verfügung haben. Im allgemeinen aber wird sich wagender Unternehmungsgeist, tatkräftige Unternehmungslust nicht unter dem Zwang bürokratischer Schablone entfalten. Innerhalb eines durch die Staatskräson einseitig beherrschten und beschränkten Wirkungskreises kommen eben die individuellen Fähigkeiten seltener zu voller Entwicklung. Erfindungen insbesondere gehen fast nur aus privater Initiative in privaten Unternehmungen hervor. Kurz, eine staatssozialistische Ära würde, praktisch genommen, gegenüber der kapitalistischen Epoche eher als ein verhängnisvoller Rückschritt denn als höhere Stufe in der geschichtlichen Entwicklung gelten müssen. Post, Telegraphie, Fernsprechwesen, Eisenbahnen und alle diejenigen Einrichtungen, die aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen an staatliche Konzession gebunden sind, und die einer einheitlichen Verwaltung bedürfen, eignen sich vortrefflich für den staatlichen Betrieb. Handel, Schifffahrt, Industrie, Landwirtschaft aber sind nicht ihrer Eigenart wegen an staatliche Konzessionen gebunden, für öffentlichen Betrieb weniger geeignet, und öffentlicher Betrieb wird hierbei auch durch besondere volkswirtschaftliche Gründe im allgemeinen nicht erfordert. Staats- und Gemeindemonopole werden sich darum, im Vergleich zur ganzen Volkswirtschaft, immer, auch in der „neuen Ära“, nur auf bestimmte Ausnahmefälle, mit jedesmaliger spezieller Begründung finanzieller oder volks-

wirtschaftlicher Notwendigkeit oder zwingender Zweckmäßigkeit für den einzelnen Fall, beschränken. Und wo sie als notwendig erwiesen sind, bedarf es überdies, neben der klugen Auswahl des einzelnen Monopols, bei ihrer Durchführung größter Schonung der privatwirtschaftlichen Sphäre. Sie können also nicht, wie der Staats- und Munizipalsozialismus es will, grundsätzlich, allgemein, häufig oder aus beliebigen Zweckmäßigkeitsgründen Platz greifen, auch dann nicht, wenn in technischer und ökonomischer Hinsicht nichts gegen eine solche Monopolisierung einzuwenden wäre. Prinzipiell ist der Staatsbetrieb eben nur dort berechtigt, wo der Staatszweck ihn notwendig macht. Die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften auf wirtschaftlichem Gebiete kann darum, gegenüber der bürgerlichen Tätigkeit, im allgemeinen nur ergänzend, nicht beliebig verdrängend eintreten. Der Staat darf sich nicht ohne weiteres an die Stelle der „Gesellschaft“ setzen wollen. Verlangt aber sein kraftvoller Bestand aus politischen oder finanziellen Gründen ein richtig ausgewähltes (ertragsfähiges und leicht durchführbares) Monopol, dann wird man es ihm nicht versagen. Die Verdrängung der bürgerlichen Tätigkeit von einem wirtschaftlichen Gebiete durch Staatsmonopol aus volkswirtschaftlichen Gründen, also schließlich im Interesse des konsumierenden Volkes, anderseits ist prinzipiell nur dann zulässig, wenn, unter gegebenen Verhältnissen, die Wohlfahrt des Volkes durch rein privatwirtschaftliche Betätigung und ausschließliche Geltung des privatwirtschaftlichen Erwerbszweckes schweren Schaden erleiden würde, und ein anderer Ausweg zur Abwendung dieses Schadens nicht vorhanden wäre. Manche Schwierigkeiten praktischer Art lassen sich wohl auch durch das System der „gemischten Unternehmungen“ (Zusammenwirken von Privatpersonen und öffentlichen Körperschaften) überwinden. Aber alles dies wäre noch lange kein Staatssozialismus, der seinem innersten Wesen nach eine Verkennung des Staatszwecks, eine Überschreitung der durch den Zweck der staatlichen Gesellschaft jeder Staatstätigkeit gesetzten Grenzen bedeutet.

2. Weniger noch als der Staatssozialismus hat der demokratische Sozialismus marxistischer Prägung Aussicht, das System des individualistischen Kapitalismus abzulösen. Man hat ja nicht selten den irreführenden Ausdruck „Kriegssozialismus“ in unsern Tagen vernommen. Allein die Beschlagnahme und Enteignung des für die Ernährung des Volkes und für Deckung des Heeresbedarfs Notwendigen, die Einschränkung in der freien Ausübung des Eigentumsrechtes, die zwangsweise Anpassung des

Konsums an die verfügbaren Mittel usw. — alles dieses ist noch lange nicht eine Verwirklichung des sozialdemokratischen Erfurter Programms, auch keine Annäherung dieser Verwirklichung, himmelweit entfernt von der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel usw. Schon das Wort „Kriegssozialismus“ bringt ja auch zum Ausdruck, daß jene umfassende Zwangsregelung und Zwangskontrolle des wirtschaftlichen Lebens, wie wir sie jetzt, höherer Interessen wegen, willig ertragen, durchaus kein normaler, dauernder, sondern eben nur ein auf die Kriegsbedürfnisse und darum bloß auf die Kriegszeit abgemessener Ausnahmezustand ist.

Wird sich den Sozialdemokraten selbst diese Einsicht der Aussichtslosigkeit ihres bisherigen Programms erschließen? Manche haben es gehofft, mit Rücksicht auf Äußerungen führender Geister: eines Heine, Scheidemann, Pleus, Südekum, David, Kolb usw. Gewiß, für einzelne dieser Männer mag „die Sozialdemokratie am Scheidewege“ stehen. Alles, was einst Marx und Engels theoretisch aufgebaut, wurde stückweise von den sog. Revisionisten abgetragen: die materialistische Geschichtsauffassung, die marxistische Werttheorie, das Entwicklungs- und Untergangsgeß der kapitalistischen Epoche, die Katastrophentheorie, die proletarische Diktatur usw. In aschgraue Zukunft hinein wurde die Verwirklichung der marxistischen Vergesellschaftungsidee verlegt, was praktisch fast einer Preisgabe des Endzieles gleich kam. In praktischer Gewerkschaftsarbeit ferner erstrebte man, der Verelendungslehre zum Hohn, innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung eine fortschreitende Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes usw. Aber es fehlt dem kritischen Sozialismus speziell der Revisionisten das eigene klare Programm, es fehlen die möglichen Ziele. Es fehlt die einheitliche, wohl begründete Weltanschauung, von der doch letztlich alles, auch in den praktischen Fragen des Lebens, abhängt. Mag die materialistische Weltanschauung bei vielen ins Wanken geraten sein, eine tragfähige andere Weltanschauung ist nicht an die Stelle getreten und der materialistische Charakter ist der ganzen sozialistischen Bewegung verblieben; daran zumeist wird der demokratische Sozialismus mit unabweisbarer und unabwendbarer Notwendigkeit schließlich zu Grunde gehen. Was hat denn Gerhard Hilbrand aus der Sozialdemokratie hinausgetrieben? „Wenn die Arbeiterbewegung darauf verzichten will“, sagt er, „ihrerseits bewußt und planmäßig durch Entwicklung eines allverbindenden Gesittungsideals an der sittlichen Erziehung der Menschen zu arbeiten, wenn sie bloße Klasseninteressenpolitik zu treiben gedenkt, wenn der Sozialismus der Zukunft somit in bloßes Macht-, Besitz- und Genußstreben zurücksinkt, dann wird ein kraß negatives Verhältnis zwischen ihn und den sittlich-religiösen Problemen entstehen, und die Hoffnung derer, die im Sozialismus einmal die Sprungkraft gesehen haben, die aus der Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft auf die Stufe einer allverbindenden Menschheitsgesittung hinaufführt, bleibt betrogen.“

Die Gerechtigkeit jedenfalls fordert, daß die Sozialisten fürderhin nicht mehr ohne weiteres als Staatsfeinde betrachtet und behandelt werden. Sie haben

ehrlieh, treu dem Vaterlande in schwerer Kriegszeit gebient. „Wir stehen zu unserem Volke“, erklärte die Partei in der diesjährigen Maisigung des Reichstages. Und die sozialistischen Arbeiter haben ihr Versprechen durchweg redlich gehalten. Eine erfreuliche Erscheinung der Kriegszeit bleibt es ferner immerhin, wenn sich in theoretischen Äußerungen, Reden und Schriften mancher Sozialistenführer die klarere Anerkennung und stärkere Betonung des Staatsgedankens, teilweise mit Annäherung an Lassallesche Ideen, gezeigt hat, wenn man sich von einem überspannten Internationalismus mehr oder minder abwandte, der Staatsnation und der Bedeutung staatsnationaler Kraft größeres Verständnis entgegenbrachte¹, wenn die Erkenntnis zum Ausdruck gelangte, daß, wie alle Stände, so auch der Arbeiterstand mit seinen Interessen und Wünschen dem allgemeinen Volksinteresse — wenigstens in der Kriegszeit — sich ein- und unterordnen muß. Wird nun aber darum auch die sozialdemokratische Partei aus einer revolutionären zu einer wenn auch radikalen Reformpartei werden? Oder werden die Massen weiterhin von den Radikalen revolutionärer Färbung sich beherrschen lassen, am Republikanismus, am kommunistischen Endziele, am Klassenkampfe tatsächlich festhalten? Werden die Optimisten recht behalten, die hoffen, daß wenigstens ein größerer Teil der Partei den Revisionisten folgen werde, oder die Pessimisten, die glauben, praktisch würden die Revisionisten doch wieder, wie bisher, die Gefangenen der Radikalen bleiben? Viele dürften geneigt sein, der letzteren Auffassung zu folgen, um so mehr, als die voraussichtlich an den Krieg sich anschließenden Unzufriedenheiten für den Radikalismus eine psychologisch machtvolle Förderung bedeuten können. Dennoch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß, wenn auch nach weiteren schweren Kämpfen, die gesunde Einsicht bei unserer Arbeiterschaft schließlich den Sieg über Republikanismus, Klassenkampf und kommunistische Zukunftshoffnung davontragen wird. Nicht volles Aufgeben seiner selbst wird vom Sozialismus gefordert, sondern nur die Preisgabe dessen, was an ihm überspannt und darum praktisch aussichtslos ist.

3. Individualismus und Sozialismus sind eben Extreme. Nicht alles ist an ihnen verkehrt. Das Problem, was in der neuen Ära unserer wirtschaftlichen Entwicklung in Theorie und Praxis zu lösen sein wird, kann darum auch nur darin bestehen, das Richtige aus den beiden Systemen herauszuschälen und zu einem neuen einheitlichen System zu verbinden. Schon Adolf Wagner hatte von einer solchen Versöhnung oder Vermittlung zwischen Individualismus und Sozialismus gesprochen. Auch er glaubte diese Vermittlung im Staatssozialismus zu finden. Indes dem Staatssozialismus wird die Zukunft nicht gehören. Das gesellschaftliche Moment wird auf wirtschaftlichem Felde stärker in den Vordergrund treten, gemeinwirtschaftliche Formen werden vielleicht

¹ Man vergleiche z. B. David, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg (1915).

einen breiteren Raum einnehmen, doch ohne irgendwelche kommunistische Sozialisierung, ohne daß Staat oder sozialistische „Gesellschaft“ zum alleinigen Subjekt und Träger des wirtschaftlichen Prozesses werden.

Man darf sich unter der „neuen Ära wirtschaftlicher Entwicklung“ überhaupt nicht etwas vorstellen, was ohne Zusammenhang wäre mit der geschichtlichen Entwicklung, was alle bisherigen Verhältnisse auf den Kopf stellen würde. Das Neue dürfte vielmehr zum großen Teile dadurch und darin zu Tage treten, daß die schon vor der Kriegszeit begonnene Abwendung vom kapitalistischen System der freien Konkurrenz, auf Grund der neuen Erfahrungen eine bestimmtere Richtung und wohl auch stärkere Beschleunigung erfahren wird.

4. Die Staatsgewalt hat im Kriege, bei Herstellung und Wahrung der gesellschaftlichen Bedingungen materieller Volkswohlfahrt, in wesentlich erhöhtem Maße eine „führende“ Stellung eingenommen. Mit seiner ganzen Autorität und Macht erwirkte der Staat planmäßig die wechselseitige Harmonie zwischen Güterverbrauch und Gütererzeugung. Er selbst trat als gewaltiger Verbraucher auf, schuf zugleich für das Volk eine geregelte Versorgungswirtschaft. Er setzte die Preise fest, bestimmte die Mengen der dem privaten Gebrauch überlassenen Waren, sogar das Maß, das dem einzelnen Verbraucher zukommen sollte. Es bildeten sich, aus Behörden und Fachleuten zusammengesetzt, Gesellschaften zur Sicherung und sorgsamten Verwendung der Rohstoffe. Einkaufsmonopole wurden eingeführt usw. In der Friedenszeit werden diese außerordentlichen Maßnahmen, mit dem Schwinden des Bedürfnisses nach umfassender und stärkster Zentralisierung, wieder in Wegfall kommen. Bleiben soll die Überzeugung von der hohen Bedeutung einer starken und tatkräftigen Staatsgewalt für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe.

Der Bruch mit den Grundsätzen der kapitalistischen Freiwirtschaft hatte sich ja auch schon vor dem Kriege durch die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzogen. Trotzdem diese Politik in der Kriegszeit eine geradezu glänzende Rechtfertigung gefunden hat, werden doch schon bald wieder interessierte Gegner derselben auf dem Plane erscheinen. Für die Zeit zukünftiger Kämpfe ist es darum von Wichtigkeit, gewisse Zeugnisse festzulegen, die aus Preisen stammen, welche ihr Interesse und ihre Sympathien vorzugsweise der Industrie und dem Handel schenken durften.

So sagte z. B. auf einem, vom königlich preussischen Ministerium des Innern veranstalteten und vom 3. bis 6. Februar 1915 zu Berlin abgehaltenen Lehr-

kursus¹ der Rektor der Berliner Handelshochschule Prof. Dr. Elsbacher: „Eine der großen Errungenschaften dieses Krieges ist es, daß wir die Bedeutung der Landwirtschaft für unser ganzes Volksleben, die uns schon beinahe zu entschwinden drohte, wenigstens in den großen Städten, wieder besser zu würdigen gelernt haben, daß wir gesehen haben, wie nicht nur die Landwirtschaft eine große Quelle sittlicher Gesundung für unser Volk ist, sondern wie sie auch vom einfach materiellen Standpunkt schließlich die Grundlage ist, auf der alles ruht. Wir müssen der Weisheit der verbündeten Regierungen dankbar sein, daß sie ungeachtet der heftigen Angriffe, wie sie in den letzten Jahren auf sie gerichtet worden sind, dennoch daran festgehalten haben, Deutschland nicht zum einseitigen Industriestaate werden zu lassen. Hätten die Regierungen das nicht getan, dann könnten wir jetzt die Waffen strecken. Durch Zölle, durch Einfuhrerschwerungen beim Fleisch ist unsere Landwirtschaft imstande gewesen, vor allem der übermächtigen Konkurrenz billig produzierender fremder Länder standzuhalten, außerdem aber auch die teuern Düngemittel, die teuern Maschinen zu bezahlen und besseres Saatgut zu erwerben, und so immer mehr in die Äcker hineinzustecken, um immer mehr aus ihnen herauszuwirtschaften. So hat unsere Landwirtschaft es fertig gebracht, mit dem gewaltigen Anwachsen unserer Bevölkerung Schritt zu halten: sie hat die erstaunliche Leistung vollbracht, während von 1870 bis jetzt unsere Bevölkerung von 41 Millionen Menschen auf 68 Millionen angewachsen ist, so daß auf derselben Fläche jetzt 70 Prozent Menschen mehr wohnen als damals, mit dieser Vermehrung Schritt zu halten. So wie sich die Bevölkerung vermehrt hat, haben sich auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse vermehrt, mit dem wunderbaren Ergebnis, daß wir jetzt nur einen verhältnismäßig geringen Teil unserer Nahrungs- und Futtermittel aus dem Auslande zu beziehen brauchen, und daß wir imstande sind, wenn es nottut, ganz und gar mit unserer inländischen landwirtschaftlichen Produktion auszukommen.“

In gleichem Sinne äußerte sich der frühere Direktor der Deutschen Bank und nunmehrige Staatssekretär des Reichsschatzamtes Helfferich in seiner am 10. März 1915 im deutschen Reichstage gehaltenen Etatsrede: „Die deutsche Landwirtschaft“, sagte er, „hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in einer Weise rationalisiert und in einer gewissen Beziehung — möchte ich sagen — industrialisiert, daß ihre Erzeugung nicht nur mit dem starken Wachstum unserer Bevölkerung Schritt hielt, sondern auch — auf die gleiche Bodenfläche bezogen — einen erheblich größeren Ertrag lieferte als die Landwirtschaft irgend eines der mit uns konkurrierenden Länder, von denen die meisten unter besseren Bodenbedingungen und besseren klimatischen Verhältnissen arbeiten als wir. Unsere deutsche Landwirtschaft ist heute in der ganzen Welt nicht nur unübertroffen, sondern auch unerreicht.“

¹ Nicht alle Vorschläge, die auf diesem Bekehrkursus gemacht wurden, waren gerade besonders zweckmäßig, insbesondere nicht die Forderung eines Professors: man solle, bei dem Fehlen von Schlächtergefellern, die Schweine kurzerhand totschlagen und ihre Kadaver verscharren. Dieser Vorschlag wurde denn auch in den gedruckten Bericht nicht aufgenommen.

Auch auf sozialistischer Seite hat unsere seit 1879 einsetzende Schutzpolitik rückhaltlos Anerkennung gefunden. So schreibt z. B. Julius Kallisi: „Was dem deutschen Wirtschaftsbau die breiteste und festeste Grundlage gibt, ist die glückliche Verteilung unserer Kräfte zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ich glaube keine Störung des Burgfriedens zu begehen, wenn ich die Tatsache registriere, daß die Erstarkung der Produktionskraft unserer Landwirtschaft die Zahlung selbst eines hohen Preises wert gewesen ist und die Beibehaltung der Grundlagen einer Wirtschaftspolitik bedingt, die die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft sichert. Nach den Erfahrungen des Krieges wird niemand mehr verkennen, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als Frage einer Erwerbsgruppe, sondern als Angelegenheit der Nation zu behandeln ist.“¹

Möge diese Erkenntnis von der unersetzlichen Bedeutung der Landwirtschaft für die gesicherte Volksernährung in späteren Friedenszeiten ebenso wenig schwinden, wie das solidarische Bewußtsein, daß Landwirtschaft und Industrie aufeinander angewiesen sind. Ist ja die Landwirtschaft in ihrer Existenz abhängig von der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung. Die Industrie andererseits braucht ebenso die Landwirtschaft als in allen Fällen zuverlässigen Lebensmittellieferanten und als kaufkräftigen Abnehmer der Industriewaren. Der gesamte Rohwert der landwirtschaftlichen Produktion wird auf 13 bis 14 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt (dabei allerdings auch Doppelzählungen). Was bedeutet das aber für den inländischen Geldmarkt, dem eine blühende Landwirtschaft ungeheure Summen erhält, die sonst zum großen Teil ins Ausland wandern würden!

Nicht minder trug unsere Sozialpolitik reiche Früchte. Schutz und Hebung des Arbeiterstandes haben den Soldaten Gesundheit und Kraft erhalten, haben die Auswanderung tüchtiger Männer verhindert, den Massen Gegensatz in einer Weise gemildert, daß zur Stunde der Gefahr der gesamte Arbeiterstand zum begeisterten Kampf für die nationalen Güter sich erhob. Es bleibt ja noch manches für den Arbeiterstand zu leisten im Ausbau der Arbeitsvermittlung², der Arbeiterschutzesetzgebung, der Arbeiterversicherung, in einer freiheitlichen Gestaltung des Koalitions- und Organisationswesens. Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik darf es darum kein Zurückweichen, keinen Stillstand geben, bis das schöne und notwendige Werk eines einheitlichen und vollkommenen Arbeiterrechts seine Vollendung gefunden hat.

¹ Julius Kallisi, Unsere wirtschaftliche Kriegsrüstung, in Sozialist. Monatshefte XXI (1915) 1. Band 1. Heft, 27.

² Vgl. Josef Jahn, Neue Aufgaben der Arbeitsvermittlung, in Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt (Konfordia) XXII (1915), 9. Heft, 307 ff.

5. Neben einer stärker durchgeführten Ein- und Unterordnung der einzelnen Faktoren im volkswirtschaftlichen Prozesse unter Staatsgesellschaft und Volkswohlfahrt wird sodann als zweites, wichtiges Element solidarischer Wirtschaftsverfassung der engere Zusammenschluß geschäftlicher und beruflicher Interessen in den modern gestalteten, wirtschaftlichen (Kartell, Genossenschaft) und beruflichen (offiziellen Kammern, Innungen, Gewerkschaften und sonstigen freien) Formen der bürgerlichen Organisation eine beträchtlich erhöhte Bedeutung gewinnen. Bei der Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Zukunft werden diese Organisationen eine hervorragende Rolle spielen, wie sie auch schon in ihrer jetzigen Verfassung den vollen Bruch mit dem Individualismus der kapitalistischen Epoche bedeuten. Die erfreuliche Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in der Kriegszeit insbesondere war und ist nicht einzig und allein den Anordnungen und Maßnahmen der Staatsgewalt zu verdanken. Wesentlich dazu beigetragen hat die bürgerliche Tätigkeit, das Wirken jener ökonomischen und sozialen Organisationen, die sogar vielfach hierbei die Initiative ergriffen. Dort gelangte jedenfalls das Eingreifen der Staatsgewalt am schnellsten zum Ziel, blieb unsere Volkswirtschaft den schwersten Anforderungen am besten gewachsen, wo sie sich auf starke gesellschaftliche Organisationen stützen konnte.

In nicht wenigen Gewerbezweigen besaßen wir Kartelle, die der Anarchie der Produktion — ohne gesellschaftliche Produktion im marxistischen Sinne — zu wehren, Gütererzeugung und Güterabsatz selbständig zu regeln, die Erzeugung der Nachfrage anzupassen suchten, alles dies freilich zunächst im privatwirtschaftlichen, geschäftlichen Interesse, um die Existenz der beteiligten Unternehmungen zu sichern, ihren Ertrag zu erhalten, zu vermehren. Das schloß und schließt indes nicht aus, daß wirklich weitblickende Geschäftspolitik den eigenen Vorteil kaum in der Schädigung der Allgemeinheit suchen wird. Ohne Zweifel hat das entschlossene Vorgehen gerade der Kartelle nicht wenig dazu beigetragen, den volkswirtschaftlichen Prozeß während des Krieges aufrecht zu erhalten; im allgemeinen trat auch auf den Märkten der kartellierten Produkte wucherische Preissteigerung weniger zu Tage als auf den Märkten des freien Wettbewerbes¹. Wie hoch die Bedeutung der Kartelle für die Allgemeinheit eingeschätzt wird, das haben z. B. die Bemühungen der Regierung gezeigt, als es sich darum handelte, die Schwierigkeiten einer Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats aus dem Wege zu räumen. Die Hüttenzechen, die in erster Linie mit dem

¹ Vgl. Eduard Heimann, Über Individualismus und Solidarismus in der kapitalistischen Konzentration, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIX (1915) 741 ff.

Massenabsatz von Eisenerzeugnissen sich befassen, daneben aber auch Brennstoffe erzeugen und solche zu gleicher Zeit in großen Mengen verbrauchen, haben eben als Verbraucher nicht die gleichen Interessen wie die reinen Zechen, die nur Brennstoffe und deren Nebenprodukte absetzen. Es bedurfte energischer Mittel, insbesondere eines in Aussicht gestellten, mit großer Nervosität begrüßten Zwangssyndikates, um diese und sonstige Hemmnisse zu überwinden und wenigstens ein Übergangssyndikat für die nächste Zukunft (bis zum 31. März 1917) zustande zu bringen¹. Jedenfalls stellen die Kartelle eine bedeutsame wirtschaftliche Macht dar. Wo für wichtige Gebiete der Volksversorgung durch Produzentenkartelle das öffentliche Interesse und die materielle Volkswohlfahrt in Frage kommen, wird darum auch ein entsprechender Einfluß der Behörden gegenüber möglichen Mißbräuchen nicht abzuweisen sein. Überdies dürfte fernerhin die organisierte Selbsthilfe der Konsumenten für die Fragen der Preisbildung eine größere Rolle spielen als bisher.

Wichtige Lehren ergaben sich in der Kriegszeit für das Kleingewerbe und dessen Organisation². Es hat sich wieder gezeigt, wie das Handwerk einer höheren technischen und kaufmännischen Ausbildung, einer Modernisierung der Werkstatte bedarf, wozu Gewerbeförderungsanstalten wesentliche Beihilfe leisten können. Um größere Lieferungen pünktlich und gut aus eigenen Mitteln zu besorgen, fehlen den kleinen und mittleren Betrieben regelmäßig die technischen Einrichtungen und ausreichenden Vorräte an den erforderlichen Materialien. Der isolierte oder, wie man sagt, der „wilde“ Handwerker kann nicht von der Kundenarbeit zur Massenproduktion übergehen. Dazu bedarf es eben der Organisation. Zur Übernahme größerer Aufträge, z. B. von Heereslieferungen, eignet sich aber am besten die „Genossenschaft“, als geschäftliches Unternehmen mit fester, rechtlicher Grundlage im Genossenschaftsgesetze. Das schließt gewiß nicht aus, daß Zünfte, Zünfteverbände, Handwerkskammern der Bildung einer ausreichenden Zahl geschäftstüchtiger, gut geleiteter Handwerksgenossenschaften ihre Aufmerksamkeit und Sorge widmen, daß sie speziell für Zuweisung und Übernahme der großen Lieferungen eine vermittelnde Tätigkeit entfalten. Gleichwohl wird man doch den Unterschied zwischen ökonomischen und sozialen Organisationen hier wohl beachten, der beruflichen Organisation nicht unmittelbar wirtschaftliche Aufgaben zuweisen dürfen, die zweckmäßiger von der ökonomischen Organisation, der Genossenschaft, erfüllt werden können. Nur wenn zugleich den eigentlichen Standesfragen durch die beruflichen Organisationen und den wirtschaftlichen Geschäften durch die genossenschaftliche Zusammenfassung der Kräfte Genüge geleistet wird, ist die Zukunft des Handwerks sichergestellt.

Besonders beim kaufmännischen Mittelstande sind in der Kriegszeit die üblen Folgen mangelhafter Organisation zu Tage getreten. Nicht als ob die

¹ In Oberschlesien wurde die Konvention alsbald nach Erlass der Bundesratsverordnung verlängert.

² Vgl. Peters, Lehren des Krieges für das Kleingewerbe, in Köln. Volkszeitung vom 16. Mai 1915, Nr. 395.

Zahl der kaufmännischen Organisationen zu klein gewesen wäre. Im Gegenteil, sie war eher zu groß. Es fehlte aber eben darum die für jede tatkräftige und erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit unerläßliche Ordnung und Einheitlichkeit. Bei festem Zusammenschluß und planvollerer Ordnung des Organisationswesens würden wohl auch jene Fälle von Kriegswucher eher zu vermeiden gewesen sein, die jetzt nur zu leicht, zu schnell und darum ungerecht dem ganzen Stande zum Vorwurf gemacht worden sind.

Es bedarf kaum besonderer Erwähnung, daß die offiziellen Kammern, die Handels-, Handels- und Landwirtschaftskammern, sich bewährt haben; ebenso die freien Organisationen zum Teil, insbesondere die freien landwirtschaftlichen Organisationen. Gleichwohl wird man nach dem Kriege den Fragen der Lebensmittellversorgung erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Das anfänglich „wenig imposante Herumexperimentieren“ des Staates auf diesem Gebiete fällt eben nicht nur der Staatsregierung zur Last. Es fehlte an einer umfassenderen gesellschaftlichen Organisation, die leicht und unmittelbar der geordneten Versorgung der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden konnte.

Daß die Gewerkschaften für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse Großes geleistet und auch in der Kriegszeit sich durchweg anerkennenswerte Verdienste nicht nur um die Arbeiterschaft, sondern auch um die Kriegsorganisation erworben haben, kann gerechterweise nicht bestritten werden. Nach dem Kriege werden die Gewerkschaften ihre Mitgliederreihen ergänzen, werden sie mitwirken müssen, die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter wieder in Arbeit und Verdienst zu bringen, und ebenso bei der „Wiederumstellung und Anpassung der Industrie an die neuen Möglichkeiten und Notwendigkeiten“ mitzuhelfen haben. Es ist offenkundig im Interesse des Vaterlandes, daß diese Aufgaben nicht ausschließlich und allein von den Arbeitgeberorganisationen in Anspruch genommen werden. Andererseits liegt es im eigenen Interesse der Gewerkschaftsbewegung, daß auch sie das richtige Verhältnis zu Staat und Gesellschaft dauernd zu wahren wisse. Vorbildlich bleibt hierfür die Auffassung, wie sie die katholischen Organisationen und die christlichen Gewerkschaften von jeher beherrscht hat: „Die christliche Arbeiterschaft“, sagt Theodor Brauer¹, „betrachtet sich als einen Teil des Volkes, mit dessen übrigen Schichten sie Interessen höchsten Ranges verbinden. Ihre Anhänger fühlen sich nicht nur als Arbeiter, sondern als Bürger des Staates, an dessen Wohlergehen sie interessiert sind. Sie reißen denn auch nicht, um der angeblichen internationalen Einheit der Arbeiterklasseninteressen willen, die internationalen Schranken von Volk zu Volk völlig nieder. Nach ihrer Überzeugung ist für den Aufstieg der Lohnarbeiterklasse die dem Volke gemeinsame nationale Kultur und Volkswirtschaft der einzig geeignete Boden.“

¹ „Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften“, Nr 7 von „Der Weltkrieg“ herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. Vgl. desselben Verfassers Aufsatz: „Die Arbeiterfrage im Kriege“, in Histor.-polit. Blätter 1915, 207 ff; „Zur Entwicklung der christlichen Gewerkschaften“, in Zeitschr. f. Politik 1915, 532 ff, und „Die deutschen Katholiken und die Standesbewegung“, in Hochland 1915, 1 ff.

Nur in und mit dieser Kultur und Volkswirtschaft steigt auch der Arbeiterstand zugleich mit allen andern Volksschichten empor. Daher die Formel: Durch die Förderung des Gemeinwohls ist auch dem eigenen Stande am besten gedient.“ Das bedeutet den Sieg des einigenden Berufsgedankens über den spaltenden Klassengedanken, des nationalen Staatsgedankens über einen falschen Internationalismus. Auch die sozialistischen Arbeiter haben gerade in der Kriegszeit besser als je erkennen können, daß die Interessen ihres Standes, in der Hochhaltung des Gewerbes, wesentlich mit den Interessen der Arbeitgeber zusammenreffen. Möchte diese Erkenntnis allmählich zu einer weitgehenden gewerbspolitischen Zusammenarbeit der beiderseitigen Interessenten, mit staatlicher Unterstützung, auch in der Friedenszeit führen. Damit wäre jedenfalls ein bedeutender weiterer Schritt zur Lösung der Arbeiterfrage gemacht, wenn dabei auch nicht alle Streitfragen unmittelbare Erledigung gefunden hätten. Man darf annehmen, daß die Tarifverträge und Tarifgemeinschaften hier den Weg zum sozialen Frieden ebnen oder darstellen. Besonders erfreulich ist der neuerdings lebhafter gewordene Ruf nach Fortbildung bzw. Errichtung von wirksamen Einigungsämtern. Solche Einigungsämter dürfen ja in der Tat als „selbstverständliche Verlängerung der Tarifgemeinschaften“ gelten. Sie werden darum auch am zweckmäßigsten, in paritätischer Verfassung, von Organisationen der beiderseitigen Interessenten, der Arbeitgeber und Arbeiter, getragen¹.

Schließlich wird man auch in Zukunft die hohe Bedeutung planmäßigen Zusammenwirkens der staatlichen und gemeindlichen Behörden mit den bürgerlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbänden, wie es in der Kriegszeit sich hervorragend bewährt hat, ebenso wenig vergessen dürfen wie den praktischen Wert des Hand-in-Hand-gehens von Staat und Kommune.

6. Spricht man von „Entwicklung“, so wird damit eine gewisse Kontinuität hervorgehoben. Die „Entwicklung“ schreitet nicht sprungweise voran; sie knüpft an Gegebenes an, das zu neuen Formen sich umbildet. Die wirtschaftliche Entwicklung aber ist menschliche, gesellschaftliche Entwicklung, kein Naturprozeß, wie der Vogel sich naturgesetzlich entwickelt aus dem Ei. Ideen und Ideenströmungen, menschliche Einsicht und Vernunfturteil beherrschen hier zum großen Teil entscheidend die Entwicklung; und da es sich dabei um praktisches Leben und Wirken handelt, so sind es vor allem Ziele, Zwecke, wie Mittel zur Erreichung solcher Ziele, auf welche jene Erkenntnis, diese Vernunfturteile, diese Bestrebungen sich beziehen.

Für die individualistische Auffassung entbehrte die Volkswirtschaft wahrer, innerer Einheit. Sie erschien als Vielheit selbständiger Wirtschaften, von

¹ Beachtung verdient diesbezüglich der Aufsatz von Friedrich Kleeis: „Einigungsämter für wirtschaftliche Kämpfe“, in Sozialist. Monatshefte 1915, 7. Heft, 353 ff.

denen jede ihr eigenes Interesse verfolgte. Der Sozialismus überspannte die Einheit. Staat oder kommunistische „Gesellschaft“ sollten Subjekt und Träger des wirtschaftlichen Prozesses werden. Ohne die Vielheit selbständiger, selbstzwecklicher, selbstverantwortlicher Wirtschaftssubjekte durch eine subjektive sozialistische Einheit der Volkswirtschaft zu beseitigen, betont dagegen die solidarische oder moralisch-organische Auffassung die objektive Einheit des staatsnationalen Wirtschaftslebens. Die Volkswirtschaft stellt hiernach eine solidarische Gemeinschaft dar vermöge der objektiven Unterordnung des nationalen Wirtschaftslebens unter die öffentliche, allen gemeinsame Wohlfahrt, als den naturgemäßen Zweck der staatlichen Gesellschaft — also durch ihre einheitliche objektive Aufgabe, die in nichts anderem besteht, als in der jeweilig relativ vollkommenen Bedarfsversorgung des Volkes und Staates mit äußeren Gütern. Die zur Durchführung dieser Aufgabe berufenen Kräfte sind die staatlichen Zentralinstanzen der Gesetzgebung und Verwaltung, die Kommunen für ihren Bereich, die bürgerlichen Organisationen im Dienste ihrer besondern Aufgaben, mit Ein- und Unterordnung unter das Gesamtwohl des ganzen Volkes (Prinzip der Solidarität höherer Gemeinschaft). Namentlich dienen jener volkswirtschaftlichen Aufgabe alle privaten und öffentlichen Sonderwirtschaften durch Erzeugung und Darbietung von Gütern und Leistungen. Selbstverständlich muß bei diesen Betätigungen und Strebungen volle Harmonie zwischen der materiellen Ordnung äußerer Güter und den höheren Sphären menschlicher und gesellschaftlicher Kultur gewahrt bleiben (Prinzip der Einheit der Kultur). Nicht minder selbstverständlich ist es, daß die Aufgabe der Volkswirtschaft die beste Erfüllung nur dann finden wird, wenn Regierung und Volk das Pflichtgemäße ihrer Funktionen erfassen und ihr Wirken hiernach einrichten. In seiner wirtschaftlichen Betätigung ist der Unternehmer, der Arbeiter nicht bloßer Privatmann, sondern zugleich auch Staatsbürger.

Das alles nun bedeutet die volle Abwendung von dem verkehrten Individualismus, der individualistischen Freiheit, dem individualistischen Kapitalismus.

Die Volkswirtschaft ist eben dabei nicht mehr ein Haufen isolierter Individuen, die unabhängig voneinander und im wesentlichen unbehindert durch Staat und gesellschaftliche Organisation ihre privaten Interessen verfolgen. Das nationale Wirtschaftsleben empfängt vielmehr eine bestimmte Ordnung durch Hinordnung auf das volkswirtschaftliche Ziel: die materielle

Wohlfahrt des Volkes mit seinem Staate. Die Freiheit findet ihre Schranken, die Isolierung ihr Ende, das Gewinnstreben Ziel und Maß durch staatliche Autorität, gesellschaftliche Organisation, durch Gewissen und Pflichtbewußtsein aller im volkswirtschaftlichen Prozeß tätigen Faktoren. Das bedeutet aber eine Entwicklung zu höheren Formen des Lebens über die kapitalistische Epoche hinaus, — „eine neue Ära unserer wirtschaftlichen Entwicklung“.

Das Wesen des verwerflichen „Kapitalismus“ besteht nun nicht in ausgedehnter Verwendung von Kapitalgütern im wirtschaftlichen Prozesse, auch nicht in dem privaten Kapitalbesitz und ebenfalls nicht im privaten Erwerb auf Grund von Kapitalbesitz, nicht in der kapitalistischen Produktion, sondern darin, daß das ganze Wirtschaftsleben einseitig dem privatwirtschaftlichen Gewinnstreben unterworfen, in den Dienst dieses oft maß- und rücksichtslosen Gewinnstrebens gestellt wird¹. Nicht das Gemeinwohl des Volkes ergibt sich, wie man irrend sagte, „von selbst“, solange die Volkswirtschaft lediglich als Summe bloß den eigenen Vorteil frei und unbehindert verfolgender Sonderwirtschaften gilt. „Von selbst“ ergibt sich dabei vielmehr mit Notwendigkeit gerade jene einseitige Beherrschung der Volkswirtschaft durch das Geldinteresse des Kapitalbesizes, vielfach auf Kosten der öffentlichen und allgemeinen Volkswohlfahrt. Wird aber die Volkswirtschaft als soziale Einheit und Gemeinschaft erkannt, wird die wirtschaftliche Betätigung der Individuen als staatsbürgerliches Wirken der öffentlichen, allen gemeinsamen Wohlfahrt untergeordnet, dann kann nicht mehr das ökonomische Prinzip in rein privatwirtschaftlicher Deutung, also der Ertragsgedanke, der Überschuß über die Kosten, als höchste nationalökonomische Weisheit erachtet werden. Dann tritt vielmehr der Begriff der Leistung wieder in sein Recht; dann bemißt sich der Tauschwert nach dem dargebotenen Gebrauchswert, die privatwirtschaftliche Produktivität nach der volkswirtschaftlichen Produktivität; der subjektive Zweck der privaten tauschwirtschaftlichen Betätigung findet seine Erfüllung nach dem Maße ihrer objektiven Bedeutung für die Bedürfnisse und Zwecke des Verbrauchers. Mit einem Worte: Dann ist wieder tatsächlich die Bedarfsdeckung des Volkes oberster Zweck der Volkswirtschaft, nicht der privatwirtschaftliche Gewinn. Tausch und Einkommensbildung finden erneut ihre Ordnung durch das Prinzip der Wiederbergeltung nach Wert

¹ Der Moralist wird den „Kapitalismus“ speziell als „Mammonismus“ verurteilen, als maßlose Erwerbsucht, ohne Regelung durch Gerechtigkeit und Liebe.

und Bedeutung sachlicher und persönlicher Leistung. Der Wucher, d. h. die Aneignung eines volkswirtschaftlich nicht begründeten Mehrwertes, bleibt prinzipiell ausgeschlossen.

Eines der interessantesten und lehrreichsten Schauspiele der Kriegszeit ist diesbezüglich der machtvolle Durchbruch der Auffassung vom „gerechten“ Preise, oder, wie man jetzt zu sagen beliebt, vom „angemessenen“ Preise. Trotz der von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten überstark beherrschten national-ökonomischen Theorie war die Lehre vom gerechten Preise aus der Volksüberzeugung niemals ganz verschwunden. Der Glaube an eine von selbst, automatisch, mechanisch erfolgende Anpassung der Produktion an Bedürfnisse und Einkommensverhältnisse der Konsumenten und umgekehrt des Verbrauchs an die Produktion, durch ungeführte Preisbildung nach dem „Gesetz von Angebot und Nachfrage“, hat viel von seinem Zauber verloren. Man weiß und fühlt nur zu wohl, daß hinter Angebot und Nachfrage eben freie Menschen stecken, und daß deren Absichten und Winkelzüge nicht gerade immer den Bedürfnissen und Ansprüchen der Allgemeinheit Rechnung tragen. So wurden denn auch lebhaft die deutschen Wucherverordnungen vom 23. Juli und 23. September 1915 begrüßt, durch welche die Enteignung dem Verbrauch vorenthaltener Vorräte, die Bestrafung der Inanspruchnahme eines im Verhältnis zur Marktlage übermäßigen Gewinnes, ferner die Einschränkung der Produktion und des Handels aus gewinnlicher Absicht verfügt worden ist. Unzuverlässige Personen können nach diesen Verordnungen in Zukunft für das ganze Reich vom Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs ausgeschlossen werden. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise, Vorratserhebung, über den zur besseren Orientierung der Käufer angeordneten Preisausgang werden strenge bestraft. Außer Geld- und Gefängnisstrafe hat der Übeltäter Veröffentlichung des Urteils auf seine Kosten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu gewärtigen. Es wird freilich in Zukunft nicht möglich sein, alle Fälle des Wuchers im volkswirtschaftlichen Sinne kriminalistisch zu fassen. Allein die Fortdauer jener Verordnungen und die Weiterentwicklung der ihnen zu Grunde liegenden Gesichtspunkte bleibt auch für die Friedenszeit wünschenswert.

Staatliche und kommunale Höchstpreise ferner sind freilich immer nur ein unvollkommenes Mittel, und zwar nicht bloß deshalb, weil sie erst durch Hinzutreten der Beschlagnahme volle Wirksamkeit erlangen. Einheitliche Höchstpreise, z. B. der Lebensmittel, lassen sich für ganz Deutschland unmöglich feststellen. Die Umschreibung größerer Preisgebiete aber enthält viel Willkür, und die Verschiedenheit der offiziellen Preise kann die Versorgung der Gebiete mit relativ niedrigerem Höchstpreis erschweren. Man darf in der Tat bezweifeln, ob auch durch bundesrätliche Richtpreise für „größere und in sich einheitliche Gebiete“ mit ergänzender Preisregelung durch die Gemeinden alle Schwierigkeiten ausgeräumt werden können. Gleichwohl hat das System der Höchstpreise in der Kriegszeit gute Dienste geleistet; und auch in Zukunft wird man nicht vergessen,

daß unter Umständen eine offizielle Preisregulierung doch nicht so ganz außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt.

Zu begrüßen ist die durch Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 vorgefehene Errichtung von „Preisprüfungsstellen“ zur Schaffung der Unterlagen für die Preisregelung der Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs, zur Feststellung der Teuerungursachen und zur Unterstützung der amtlichen Organe bei der Beaufsichtigung der Preisgestaltung. Für die Preisregelung auch nach dem Kriege wird man auf solche Prüfungsstellen zurückgreifen können, wie denn die organisierte Selbsthilfe, beim weiteren Fortschritt des Organisationswesens auch der Konsumenten, den komplizierten Verhältnissen des Tauschverkehrs gegenüber sich im allgemeinen besser bewähren dürfte als einseitig behördliche Regelung.

Fordert das Wesen des Tausches eine dem Äquivalenzprinzip entsprechende Preisbildung, wodurch der allein mögliche Ausgleich zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen erzielt wird, so verlangt Natur und Wesen der arbeitsteiligen Gesellschaft auch für die Einkommensbildung eine Wiedervergeltung sachlicher und persönlicher Leistung nach ihrem Wert und ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Damit ist aber der prinzipielle Gesichtspunkt für die Lehre von der Rente, dem Unternehmergewinn, dem Lohne gegeben. Es kann sich auch hier wieder bei der „Abwendung vom Kapitalismus“ keineswegs darum handeln, daß dem Besitz genommen werde, was ihm innerhalb einer auf Privateigentum begründeten Gesellschaftsordnung rechtlich zukommt. Nicht die volkswirtschaftlich notwendige und nützliche Kapitalbildung soll verhindert, ehrlicher Gewinn nicht ausgeschlossen, wohl aber dem egoistischen Ausbeutertum, den parasitären Existenzen, überhaupt nach Möglichkeit jedem Gewinnstreben der Weg verlegt werden, das, in rücksichtsloser Ausnutzung der ganzen Welt, die Vermehrung und Steigerung des privatwirtschaftlichen Ertrages mit allen, nicht selten den bedenklichsten Mitteln erstrebt.

Das Schlagwort der Zukunft wird folgerichtig noch mehr als bisher Arbeit heißen. Kein müßiges Dronentum, kein arbeitsloser Luxus, wie Quietismus und Neomalthusianismus sie erzeugen, sondern ein arbeitsfrohes, durch Religion und Sitte lebenskräftiges Volk findet und bahnt sich den Weg zur materiellen Wohlfahrt. Darum starke Vermehrung der Volkszahl, nicht bloße Erhaltung, sondern Erhöhung der ererbten Werte, Schaffung der besten Umweltsbedingungen!

Über allem Stoff, der den Gegenstand oder das Werkzeug der Gütererzeugung bildet, steht der arbeitende Mensch, der Unternehmer, aber auch der Mann mit der schwieligen Hand, der gewöhnliche Arbeiter als Arbeitsgenosse, Mitarbeiter des Unternehmers. Was man seinen Lohn nennt, mag für die privatwirtschaftliche Betrachtung als Kostenmoment gelten; unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte ist es Wiedervergeltung

einer volkswirtschaftlich bedeutsamen Leistung, ist es Einkommen eines großen, verdienstvollen Volksteils. Schon hat sich eine gewaltige Umwandlung der Ideen vollzogen. Vieles ist geschehen, um den arbeitenden Menschen in eine Lage zu bringen, auf die er als Mensch, als arbeitender Mensch, als Volksgenosse berechtigten Anspruch hat. Noch harren aber, wie gesagt, so manche Probleme der Lösung für die weitere Hebung des Arbeiterstandes: volle Gleichberechtigung beim Abschluß des Arbeitsvertrages, wirksames paritätisches Einigungs- und Schiedswesen, umfassendere Sorge für die Gesundheit von Seele und Leib des Arbeiters, zielbewußte Wohnungspolitik usw.

7. Auch die nationalökonomische Theorie geht einer Umwandlung entgegen. Allerdings bleibt volle Einigung der Ansichten nicht zu erwarten. Ist ja, wie Brentano einmal gesagt haben soll: der Professor ein Mann, der anderer Ansicht ist. Gleichwohl wird man sich doch mehr noch als bisher von den Irrtümern der englischen und französischen Schulen lösen und allgemeiner anerkennen müssen, daß die Volkswirtschaftslehre keine naturwissenschaftliche Disziplin, sondern Kulturwissenschaft ist, daß, wo das Wirken freier Menschen in Frage kommt, der Zweckgedanke nicht ausgeschaltet werden kann, daß die Nationalökonomie als Wissenschaft vom Volksbedarf und den gesellschaftlichen Bedingungen seiner Deckung sich nicht darauf beschränken darf, „die Vorgänge auf der Bühne des Lebens, wie der Chor in der antiken Tragödie, zu begleiten“¹. Wendet sich die bürgerliche Nationalökonomie gegen sozialdemokratische Mißbräuche, so darf sie sich nicht verhehlen, daß gerade sie bisher nicht wenig dazu beigetragen hat, die kapitalistische Klassenherrschaft zu befestigen, daß sie, indem sie dem Idol einer überspannten wirtschaftlichen Freiheit huldigte, durch Begünstigung kapitalistischer Klassenmißbräuche gerade eines der wesentlichsten Elemente innerpolitischer Freiheit schwer geschädigt hat². Man wird, so dünkt uns, in der Theorie, auch nicht mehr verstockt, an der Vorstellung des Nachtwächterstaates festhalten können, nachdem die ernste Wirklichkeit des Lebens ein wahrhaft soziales Staatsgebilde geschaffen hat. Man wird ein größeres Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung der nach den Interessen des Gemeinwohles geregelten Staatshandlungen beweisen und sich die Frage vorlegen müssen, ob die herkömmliche Scheidung von Volkswirtschaftslehre

¹ So W. Sombart, Die Volkswirtschaftslehre und der Krieg, in Berliner Akadem. Nachrichten IX (1914) 58.

² Man vergleiche diesbezüglich Schmollers Ausführungen in „Deutschland und der Weltkrieg“ 1915.

und Volkswirtschaftspolitik nicht, wenigstens zum Teil, verfehlt war, und ob die volkswirtschaftlichen Staatsaufgaben nicht gerade in der theoretischen Nationalökonomie einen ihrer Bedeutung entsprechenden Raum beanspruchen können. Die Nationalökonomie der Zukunft wird insbesondere, ohne dadurch zur Ethik zu werden, ein größeres Verständnis für die Pflicht im Wirtschaftsleben bekunden und anerkennen dürfen, daß das Volksgewissen der wichtigste Bestandteil des Volksvermögens ist¹. Auch „die beste politische und ökonomische Ordnung kann ja“, wie Benno Jarošlaw² treffend bemerkt, „uns nichts nützen, wenn wir nicht selbst besser werden“. — Und nun noch eines.

8. Die Kriegszeit hat außerordentliche Mittel der Organisation in Anwendung gebracht. Außerordentliche Leistungen nicht nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher und finanzieller Art haben die Zentralmächte vor der politischen und wirtschaftlichen Vernichtung bewahrt. Aber diese außerordentlichen Mittel und Leistungen waren nur möglich durch eine relativ gesunde staatliche, gesellschaftliche, volkswirtschaftliche Organisation der Friedenszeit, durch die festbegründete Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft und Industrie. Die Stärke des inneren Marktes hat uns die gewalttätige Abschneidung von der Außenwelt verhältnismäßig leicht ertragen lassen. Auf der Möglichkeit einer Selbstversorgung, welche die Varmittel im Lande beließ, beruht auch zum großen Teil unsere finanzielle Kraft, unser finanzielles Durchhalten in schwerer Zeit. Wir werden uns wohl hüten müssen, schon mit Rücksicht auf unsere geographische Lage und zukünftige äußere Gefahren, fernerhin auf diese Vorzüge zu verzichten. Eine andere Frage aber ist es, ob wir die absolute Autarkie, eine alles umfassende Selbstgenügsamkeit unserer deutschen Volkswirtschaft — bei der bisherigen Beschränktheit des verfügbaren Wirtschaftsgebietes — als praktisch erreichbares Ziel ins Auge fassen können.

Die Autarkie ist gewiß ein hoher Vorzug. Alle großen Völker streben nach ihr³. Allein kaum irgend ein Volk wird sie vollkommen erreichen⁴.

¹ Vgl. Georg v. Mayr, Die Pflicht im Wirtschaftsleben. 1900.

² In seinem sehr empfehlenswerten Buche: Ideal und Geschäft. 1912.

³ Vgl. Sartorius v. Waltershausen, Weltwirtschaft und Weltkrieg, in Weltwirtschaftliches Archiv V (1915) 292 ff. Vgl. auch Adolf Brauns Bemerkungen im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIX (1915) 689 ff.

⁴ Nordamerika ist diesbezüglich günstig gestellt, Ackerbau und Industrie reichen hier im wesentlichen für die Bedarfsdeckung des Volkes aus und verfügen über ein ausgebreitetes Absatzgebiet. Rußland besitzt, trotz seiner Größe, nicht alles, dessen

Nicht jedes Volk verfügt über alle Gaben der Natur. Höher entwickelte Länder können Bedürfnisse wecken, zu deren Befriedigung die Produktivität des minder entwickelten Landes nicht ausreicht. Andererseits wird in aufstrebenden Volkswirtschaften die Produktivität mancher oder vieler Geschäftszweige die Konsumtionsfähigkeit des inneren Marktes regelmäßig übersteigen. Wir kennen es aus der Erfahrung, daß Länder mit ausgedehnter Landfläche und weniger dichter Bevölkerung den Überschuß ihrer agrarischen Produkte an das Ausland abgegeben haben, Argentinien seinen Weizen, Rußland seinen Roggen, seine Gerste. Auch dichter bevölkerte Länder können bei intensiver Betriebsweise Überschüsse erzielen, die sie nicht selbst verbrauchen, z. B. Österreich Gerste, Malz, Deutschland Hafer. Namentlich aber erlaubt es die hochentwickelte Technik, die Fülle von Arbeitskräften, der außerordentliche Fleiß, die besondere Geschicklichkeit und Spezialisierung unserer Industrie, weit über die inländische Nachfrage hinaus Produkte herzustellen.

Nachdem einmal Dampfschiff und Eisenbahn den Menschen- und Warenverkehr von Land zu Land in großem Umfange und größter Vielgestaltigkeit ermöglicht hat, nachdem die Schätze der Welt der ganzen Menschheit dienstbar werden können, ist der internationale Warenaustausch bis zu einem gewissen Grade zur Notwendigkeit geworden für nahezu alle strebsamen, höher entwickelten Völker. Sie suchen anderswo die Stoffe, die ihnen abgehen, und bezahlen mit Arbeit, was ihnen an Stoffen fehlt. Bis in den Haushalt des einfachen Bürgers und Landmannes greift die Weltwirtschaft hinein.

Wir dürfen also immerhin den Tag begrüßen, wo die künstliche Absperrung der Kriegszeit ihr Ende erreicht. Der „geschlossene Handelsstaat“ ist heute für uns weder Ideal, noch auf die Dauer ein praktisch möglicher Zustand¹. Unsere Volkswirtschaft kann uns knapp ernähren, — nicht mehr; sie kann ohne industriellen Export nicht dauernd bestehen und sich nicht fortentwickeln. Wenn die Millionen Kaufleute, Arbeiter, Angestellte aus dem Kriege zurückkehren, wird die Arbeit auch für die Ausfuhr wieder notwendig werden. Die Lager sind nach dem Kriege auf-

es bedarf. Es hat insbesondere zu wenig Kohlen und Eisen. Auch fehlt ihm eine ähnlich günstige Lage zum Meere, deren Amerika (zwischen zwei Weltmeeren) sich erfreut.

¹ Daß Fichtes „Handelsstaat“ manche treffliche Gedanken enthält, bleibt hier außer Frage. Vgl. hierzu Max Sering, Die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges von 1914/15, in Sitzungsberichte der königl. preuß. Akademie der Wissenschaften XXXI (1915) 489 ff.

gearbeitet. Die Industrie wird neuer Rohstoffe bedürfen, um weiterarbeiten zu können. Es wird dabei zunächst große Sorgfalt entfaltet werden müssen, um schwere Schädigung zu verhüten. Denn es bedarf ja ohne Zweifel einer gewissen Zeit, bis die Industrie wieder ausreichend mit Rohstoffen versorgt ist und dieselben für den Export verarbeitet hat. Möglicherweise wird das Ausland diese Zwischenzeit benützen, um uns mit Fertigfabrikaten zu überschwemmen, nicht ohne starke Beeinträchtigung unserer Industrie, unseres Handels und ohne finanzielle Schwächung unserer Volkswirtschaft. Man wird dagegen vielleicht zeitweilig Finanzzölle in Anwendung bringen müssen. Gleichzeitig wird aber die Aufmerksamkeit sich machtvoll darauf richten, das alte Feld wiederzugewinnen, neue Bahnen für unsern Welt-handel zu erschließen. Die Markvaluta, die nicht durch unsere finanzielle Lage in der Kriegszeit, sondern durch den Ausfall des Ausfuhrhandels im Auslande zurückging, wird in der Schätzung des Welthandels ihren Platz wieder erobern. Auch der Nutzen eines gesunden Börsenverkehrs, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Besitzes sicherer Auslandswerte werden trotz allem erneut Anerkennung finden. Selbstverständlich darf die Kapitalausfuhr jeder Art die Grenzen volkswirtschaftlicher Möglichkeit niemals überschreiten. Sie muß im Einklang bleiben mit der Kraft und den Bedürfnissen der eigenen Volkswirtschaft. Unsere Bevölkerung wird weiter wachsen. Da gilt dann Caprivis Wort: Wir müssen Waren oder Menschen exportieren. Diese Menschen aber haben wir nötig aus politischen, militärischen und nicht zuletzt aus volkswirtschaftlichen Gründen. Kurz, weltwirtschaftliche Beziehungen werden für uns volkswirtschaftliche Notwendigkeit bleiben.

Doch wollen die jetzigen Feinde der Zentralmächte sich der Einfuhr unserer Waren nicht widersetzen? Werden sie unsern Handel nicht überall verdrängen? An Versuchen dazu fehlt es ja nicht, und die Absicht wird überlaut immer wieder zum Ausdruck gebracht¹. Auch „neutrale“ Staaten sind dabei beteiligt. So hofft insbesondere Amerika viel von der Schädigung der europäischen Produktions- und Verkehrskräfte, möchte insbesondere den südamerikanischen Handel an sich reißen. Mögen auch die Vereinigten Staaten eine vordem nicht erlebte hohe Aktivität der Handelsbilanz durch die Getreideversorgung Englands, Frankreichs usw. und durch Heeresaufträge der Entente während des Krieges erzielt haben, dauernde Ver-

¹ Vgl. Adolf Weber, Wirtschaftliche Kriegsjorgen unserer Feinde (1915) 13 ff.

drängung unseres Handels und unserer Industrie durch Amerika brauchen wir nach dem Kriege nicht zu fürchten. Der Schiffbau in Amerika ist besonders teuer. Die amerikanische Handelsflotte hat sich bisher, von der Küstenschifffahrt abgesehen, als wenig leistungsfähig erwiesen. Von den 1912 in England gelandeten Schiffen entfiel nur ein Prozent Tonnengehalt auf die amerikanische Handelsmarine. Dann wird auch das Ausland der gut und billig arbeitenden deutschen Industrie auf die Dauer nicht so leicht entraten können. Selbst England, Frankreich, Rußland werden sie notwendig brauchen, um als Lieferanten für viele Waren aufzutreten. Drei Viertel der deutschen Ausfuhr verblieb ja bisher in Europa. Die außereuropäischen Länder erhielten deutsche Waren über London und Paris. Würden nun unsere Gegner mit Erfolg versuchen, unsern europäischen Handel einzuschränken, so werden wir uns eben Ersatz verschaffen durch direkten Handel mit den außereuropäischen Ländern. Rußland besonders hat das größte Interesse, den Handel mit Deutschland aufrecht zu erhalten. Die Einfuhr Deutschlands dorthin belief sich auf 880 Millionen Mark, während Rußland für 1425 Millionen Mark Landesprodukte nach Deutschland ausfuhrte usw.

Mag also auch die nach dem Kriege verbleibende Verstimmung noch eine Zeitlang hemmend auf den Welthandel wirken, das eigene Interesse wirkt auf wirtschaftlichem Gebiete schließlich doch immer wieder mächtiger als nationale und politische Abneigung. Auch die zur Entente gehörenden Völker werden sich darum nicht dauernd dem Einfluß unserer Industrie und unseres Handels entziehen können. Bei Bewahrung der alten Tüchtigkeit und Tatkraft dürfte unsere Industriewelt sogar verhältnismäßig schnell ihre alte Stellung zurückerobert haben, ja bald selbst in erhöhtem Maße Lieferant der Welt geworden sein.

9. Der Weltverkehr kann nun nicht bloß darin bestehen, daß wir Waren liefern und dafür Geld als Bezahlung erhalten. Wir werden auch Produkte des Auslandes übernehmen müssen. Haben wir darum auf Selbstversorgung zu verzichten?

Absolute, allgemeine, vollkommene Autarkie ist, wie gesagt, praktisch undurchführbar. Relative Selbstgenügsamkeit, Selbstversorgung aber werden wir auf allen Gebieten anzustreben haben, wo sie erreicht werden kann. Und die Selbstversorgung erscheint aus offensichtlichen Gründen insbesondere unbedingt notwendig, soweit dadurch die unerläßliche Sicherung der Volksernährung und des Heeresbedarfes zu erzielen ist.

Jaffé hat nun gemeint, wir müßten nach dem Kriege einen eisernen Bestand von Futtermitteln, wie Mais und Gerste, von Nahrungsmitteln, wie Weizen, von Rohstoffen, wie Kupfer, Petroleum, Benzin, Gummi, Baumwolle, Wolle, Jute usw., also von Produkten vorrätig halten, die im Inlande nicht oder nicht in genügender Menge erzeugt werden, um der Wiederkehr einer Knappheit vorzubeugen. Sartorius v. Waltershausen teilt diese Auffassung nicht ohne Einschränkung. Er sagt, Jaffés Vorschlag setze voraus, daß nach dem Kriege Deutschland durch England ebenso von dem Ozean ferngehalten werden könne, wie während des Krieges. Er meint, wenn der Krieg uns mit dem Siege die Freiheit des Meeres, die Möglichkeit, unsere kulturellen und wirtschaftlichen Fähigkeiten auch im Überseeverkehr zur Geltung zu bringen, verschaffen, wenn es uns gelingen würde, nach Beseitigung des englischen Seemonopols zur Sicherung der Freiheit des Meeres geeignete Flottenstützpunkte am Kanal, im Atlantischen Ozean zu gewinnen, die Beherrschung Ägyptens durch England zu brechen, dann sei nicht zu begreifen, warum Deutschland nicht ein aktives Mitglied der Weltherrschaft ebenso wie bisher bleiben solle¹. Er hält darum auch Erledigung der Frage nach solchen, wie er meint, staatssozialistischen Einkaufseinrichtungen und Aufstapelungen, die Milliarden kosten und unproduktiv daliegen würden, wenigstens für verfrüht. Kämen wir in dieselbe Lage wie vor dem Kriege, dann sei es noch Zeit genug, über staatliche Korn- und Kupfermagazine nachzudenken, und es bleibe dann noch die Frage offen, in welchem Maße mit solchen Depots Experimente des öffentlichen Betriebes verbunden werden sollen. Auch von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, wie gerade der jetzige Krieg gezeigt habe, daß wenigstens viele für den Kriegsbedarf notwendige Sachen durch schnelle Beschlagnahme gesichert werden können, ohne Aufstapelung großer Mengen solcher Waren in Friedenszeiten.

Für die nächste und nähere Zukunft werden wir jedenfalls die Volksernährung durch den eigenen Boden und durch Verbindung mit den uns heute befreundeten Völkern sichern können. Eine weitere, erhebliche Steigerung des Bodenertrages ist voraussichtlich zu erreichen, wie auch noch manches Land, das bis heute unbenützt dalag, der Lebensmittelversorgung

¹ In der Ära des europäischen Staatensystems bedeutete, wie Otto Hinke (in „Deutschland und Weltkrieg“ 1915) ausführt, Englands Seeherrschaft lebiglich die auf seiner geographischen Lage usw. beruhende, bevorzugte Sonderstellung eines Außengliedes jenes Systems. In der neuen Ära eines Weltstaatensystems aber werde diese Sonderstellung zur Weltherrschaft. Die großen, an Welthandel und Weltpolitik beteiligten Staaten werden es fernerhin nicht ertragen können, daß eine einzige Macht alle wichtigen Durchgänge im Meere ausschließlich beherrscht. Sonst bleibt die Freiheit des Meeres bloße Phrase. Ob eine Internationalisierung dieser Durchgänge gelingen wird oder ob andere Wege einzuschlagen sind, steht noch dahin. Zum mindesten werden die jüngeren Weltmächte volles Verständnis bewahren für die praktische Notwendigkeit verstärkter Flottenbildung.

dienstbar gemacht werden kann¹. Ob diese Selbstversorgung auch für eine spätere, ja die entfernteste Zukunft in vollem Umfange möglich sein wird, das läßt sich vorderhand nicht übersehen, da uns die Kenntnis der zukünftigen Entwicklung der Volkszahl, der Technik und auch der politischen Verhältnisse fehlt.

Eine kluge Politik muß jedenfalls alle diese Verhältnisse und die jeweilig daraus sich ergebenden Notwendigkeiten zweckmäßiger, vorsorgender Maßregeln im Auge behalten, wobei die Frage der Depots zunächst nur für gewisse Rohstoffe und Gegenstände des Heeresbedarfs praktische Bedeutung gewinnen dürfte.

Daß eventuelle Gebiets Erweiterungen, wenn sie erfolgen sollten, die Möglichkeit der Selbstversorgung erhöhen können, liegt auf der Hand. Es würde freilich viel darauf ankommen, welcher Art der territoriale Zuwachs wäre. Mit Belgien würde sich das Gebiet des inneren Marktes in mancher Hinsicht vorteilhaft erweitern. Für die Selbstgenügsamkeit aber käme dabei für uns nicht viel heraus, da Belgien starker Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln bedarf. Durch Übernahme der französisch-lothringischen Eisengruben, die jetzt schon durchgängig deutschen Eigentümern gehören, könnte Deutschland eine größere Unabhängigkeit von der ausländischen Erzeinfuhr erlangen. Der Erwerb des russischen Ostseegebietes mit seinen Wäldern und ausgedehnten landwirtschaftlichen Flächen würde, namentlich wenn es dort zu intensiverer Kultur käme, für die Frage der Volksernährung nicht ohne Bedeutung bleiben.

Gewiß ist es ferner, daß Deutschland nicht auf kolonialen Besitz und Erweiterung desselben verzichten kann. Vollen Vorteil aber werden die Kolonien, speziell in Kriegszeiten, für unsere Versorgung wiederum nur insoweit haben, als die Freiheit des Meeres dauernd gesichert bleibt. Deutschlands Kolonien erfreuten sich bereits einer schönen Entwicklung. Sie waren jedoch, wie der Krieg gezeigt, zu abgesondert, um politisch und wirtschaftlich den vollen Wert für uns zu behalten.

Doch all diese Fragen können heute eine lediglich bedingte Bepreßung finden. Die Zeit, über Kriegsziele und Friedensbedingungen öffentlich zu sprechen, ist noch nicht gekommen.

Schon jetzt aber dürfen wir hoffen, in der verbündeten Türkei und wohl auch in den Balkanstaaten späterhin ein besonders günstiges Absatzgebiet und zugleich eine ergiebige Rohstoffbezugsquelle für unsere Industrie zu finden. An Rohstoffen erzeugt z. B. die Türkei: Baumwolle (Ebene von Adana, Obermesopotamien, Irak, Hinterland von Smyrna usw.), Schafwolle (blühende Schaf-

¹ Durch die Kultivierungsarbeiten von 100 000 Kriegsgefangenen wurden zur Frühjahrspflanzung 1915 bereits 75 000 Hektar als Kulturboden erschlossen. Nach Abschluß werden wir im Frühjahr 1916 400 000 Hektar für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte geeignetes, früheres Moor- und Obland haben.

zucht), Seide (die Kokonserzeugung steht unter der Aufsicht der ottomanischen Staatsschuldenverwaltung), Kupfer (reichhaltige Lager von Arghana-Maden in Kurdistan, von Tireboli am Schwarzen Meer, von Hewel in Vorderkleinasien), vielleicht Petroleum (Quellen im Osttigrisland und in Syrien), Kohlen (im kurdischen Hochland, im Becken von Herallea, bei Erserum, Arghana-Maden usw.), dann Häute, Felle, Tabak usw. Auch Gerste, Feigen, Rosinen usw. liefert die Türkei.

In Bulgarien gedeihen Weizen, Mais; es blüht dort die Obstkultur, Maulbeerkultur und Seidenzucht. Dazu kommen an Handelsgewächsen Hanf, Sesam, Baumwolle. Auch guter Tabak wird gewonnen. Berühmt ist der bulgarische Gemüsebau, die Rosenkultur (Rosenöl) in Ostrumelien. Bei geregelter Forstwirtschaft und rationellerer Ausbeutung der großen Wälder könnte Bulgarien ergiebiger Holzlieferant werden. Mit der Eroberung Mazedoniens gelangt Bulgarien in den Besitz neuer reicher Bodenschätze, wie auch Serbien über umfassende Mineralbestände (Kohlen, Eisen, Blei, Kupfer, Zink, Silber usw.) verfügt.

Die heute lebhaft besprochene Frage einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn (gemeinsame Handelspolitik und allmählicher Abbau der Zwischenzölle) dürfen wir hier übergehen, da sie an anderer Stelle ausführliche Behandlung findet. Wir möchten aber Hertner beipflichten, wenn er in seinem Berliner Vortrage (Februar 1915) die großen Vorteile einer engeren Verknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den uns nahestehenden Staaten betonte, indem er das lockende Bild eines inniger verbundenen, für die handelspolitischen Beziehungen starken Wirtschaftsgebietes entwarf, das eventuell von der Ostsee bis zum Persischen Golf reichen würde.

Ein solches erweitertes Gebiet mit wechselseitiger Ergänzung industrieller und agrarischer Produktion, mit ausreichenden Lebensmitteln (namentlich bei der noch möglichen Steigerung des Bodenertrages) und Rohstoffen, mit genügend großem Absatzfelde für eine völlig moderne, spezialisierte Industrie, mit den zur günstigen Industrieentwicklung erforderlichen Kapitalmengen usw. könnte in der Tat eine wirtschaftliche Welt für sich selbst bilden, mit nahezu voller Unabhängigkeit, weil sie in sich selbst ausreichende Kräfte und Mittel besäße und überdies eine reichliche Bedarfsdeckung der dabei ohne Preisgabe ihrer besondern Interessen beteiligten Volkswirtschaften.

10. Und nun zum Schluß noch einige Bemerkungen. Der Staat stellt den höchsten natürlichen und naturrechtlichen gesellschaftlichen Verband dar. Auch in seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen bleibt darum der Staatsbürger dem Zweck des Staates, der Wohlfahrt seines Volkes, untergeordnet. Die Weltwirtschaft dient der Volkswirtschaft, nicht dem bloßen Gewinnstreben der Privaten, unter Mißachtung der volkswirtschaftlichen Aufgabe. Aber der Staat bildet nicht den Abschluß des menschlichen Zusammenlebens und der geselligen Verührungen innerhalb der menschlichen Gattung. Hat die Idee einer Völkerverbüderung

im freimaurerischen Sinne Schiffbruch gelitten, ist heute das Vertrauen auf das Völkerrecht schwer erschüttert, so sagen wir darum doch noch lange nicht in brutaler Selbstüberhebung: Right or wrong, my country! Es gibt auch eine allgemeine menschliche Solidarität, die unerläßliche Voraussetzung aller staatsbürgerlichen und beruflichen Solidarität, zugleich die feste Grundlage echter, christlicher, internationaler Solidarität. Die Zeit des Hassens wird vorübergehen. Gerechtigkeit und Liebe werden wir denjenigen niemals vorenthalten dürfen, die heute sich unsere Feinde nennen. Keine egoistische Überspannung des Nationalgefühls wird uns die internationale Solidarität der Menschheit vergessen, wird uns im Kampf und feindlicher Trennung den normalen Zustand der Menschheit erkennen lassen.

Gar manches tritt freilich auch heute noch in die Erscheinung, was den Blick in die Zukunft trübt. Rapiha hat mit Recht die Allseitigkeit der deutschen Kultur gerühmt und als Quelle unsere Kraft bezeichnet: Verbindung der staatlichen Autorität und Disziplin mit der bürgerlichen Freiheit, der Reichseinheit mit der Autonomie der Bundesstaaten, der Kriegsvorbereitung mit der Friedensarbeit, der Wissenschaft mit der Praxis, der Industrie mit der Landwirtschaft, der materiellen Werke mit den moralischen Kräften¹. Doch gerade in letzter Beziehung droht der Einheit und Harmonie unserer Kultur schwere Gefahr durch den frivolen Unglauben, die schrankenlose Genußsucht, die schmachvolle Sittenverderbnis eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung unserer Großstädte. Nicht bloß äußere Größe und Machtentfaltung, sondern innere Kraft und Gesundheit gewähren erst die sichere Gewähr nationaler Lebensdauer. Möchten darum alle, die auf Geist und Herz unseres Volkes Einfluß ausüben können, die schönen Worte beherzigen, die der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg vor zwei Jahren an den Leipziger Historiker Lamprecht gerichtet hat: „Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht noch allzuviel den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt niemals erhalten kann. . . . Damit wir in Zukunft eine Kulturpolitik großen Stiles treiben können, scheint mir neben der inneren Vertiefung und Stärkung unserer Kultur und unseres Kulturbewußtseins not zu tun, daß unser Volk zu dieser neuen Aufgabe geweckt werde.“

¹ Germania Nr 440 vom 23. September 1915.